

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 173 (2007)
Heft: 7-8

Artikel: Beiträge der Armee zur Demokratisierung von Streitkräften
Autor: Gerber, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-71077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beiträge der Armee zur Demokratisierung von Streitkräften

Zahlreiche postkommunistische und Post-Konflikt-Staaten stehen heute vor der schwierigen Aufgabe, demokratisch legitimierte und kontrollierte Strukturen um- oder aufzubauen. Dabei spielen die jeweiligen Streit- und Sicherheitskräfte eine wesentliche Rolle. Wo bewaffnete Kräfte sowohl zum Instrument als auch zum Partner eines autoritären Regimes geworden sind, wird der Transformations- und Aufbauprozess nachhaltig behindert. Für diese zum Teil sehr jungen Länder ist es daher unabdingbar, dass sie über einen Prozess der nationalen Sicherheitssektorreform demokratisch-zivile resp. parlamentarisch kontrollierte Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen errichten, die nicht zuletzt in der Bevölkerung anerkannt und verankert sind. Die Schweizer Armee unterstützt hierbei im Rahmen ihrer bi- und multilateralen Sicherheitskooperation, meist in Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum zur Demokratischen Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)¹, Staaten in der Errichtung demokratisch legitimer Strukturen und Prinzipien.

Urs Gerber *

Mit dem Ende des Ost-West-Antagonismus und dem damit einsetzenden Zerfall der Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien hatten die teils neu entstandenen Länder Osteuropas und Zentralasiens nicht nur eine äusserst schwierige politische und wirtschaftliche Transformation vor sich, sondern auch die ebenso anspruchsvolle Aufgabe, ihre Streitkräfte demokratisch zu legitimieren oder grundlegend neu aufzubauen. Anspruchsvoll, weil mit dem Aufbau der Verteidigungsstrukturen entweder bei null angefangen oder auf Überreste des ehemaligen Hegemons zurückgegriffen werden musste, die massgebliche Akteure in den (Staatsbildungs-)Kriegen nach dem Ende des Kalten Kriegs waren. Ein ähnliches Bild bietet sich auch in den jungen, mitunter durch jahrzehntelange Bürgerkriege verheerten Staaten in Schwarzafrika, die ebenfalls mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert sind, ihre Post-Konflikt-Gesellschaften und -Strukturen in demokratisch-zivile Institutionen zu überführen. Dass die parlamentarische Kontrolle von Streitkräften unabdingbarer Bestandteil eines demokratischen (Wieder-)Aufbaus ist, mahnen uns aktuelle Entwicklungen in Afrika und Zentralasien an, wo militärischer Autoritarismus und potenzieller Prätorianismus die fundamentalen Prinzipien einer Demokratie nachhaltig in Frage stellen.

Doch was ist unter den nur schwer fassbaren Begriffen «demokratische Kontrolle» und «Demokratisierung der Streitkräfte» genau zu verstehen? Eine gängige Definition lautet, dass Streitkräfte in einer Demokratie der politischen Kontrolle der legitimen, demokratisch gewählten zivilen

Organe eines Staates unterliegen und überdies an nationale wie völkerrechtliche Bestimmungen gebunden sind.² Die demokratische Aufsicht umfasst jedoch mehr als nur die rechtliche und institutionelle Beschränkung der Streitkräfte durch die staatlichen Gewalten (Exekutive, Legislative und Judikative). Sie beinhaltet unter anderem auch die Einhaltung der Prinzipien der Transparenz, Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht, die parlamentarische Aufsicht über das Verteidigungsbudget und die Sicherheitspolitik sowie das Recht eines jeden Bürgers zur freien Diskussion über Angelegenheiten, die die Streitkräfte betreffen.

Bildung demokratisch kontrollierter Verteidigungsstrukturen

Hinter der Idee einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte steht das Konzept der Sicherheitssektorreform (SSR), sprich die (Re-)Konstruktion lebensfähiger nationaler Sicherheitskapazitäten, die einfach ausgedrückt zum Ziel hat, Staatssicherheit anstelle von Regimesicherheit zu fördern, und somit die Sicherheit der eigenen Be-

völkerung ins Zentrum der Streitkräfte rückt. In einem fortgeschrittenen Prozess der nationalen Sicherheitssektorreform befinden sich zurzeit speziell die Staaten Südosteuropas, die ungeachtet ihrer turbulenten Vergangenheit und nicht zuletzt dank der Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft bei der Errichtung und Verankerung effizienter und transparenter Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen bemerkenswerte Fortschritte gemacht haben. Im Rahmen einer aktiven *Defence Diplomacy* der Schweiz, die parallel und komplementär zu den friedensunterstützenden Einsätzen erfolgt, unterstützt auch die Schweizer Armee – meist in enger Zusammenarbeit mit den Genfer Zentren des DCAF sowie des GCSP – diese und weitere Nationen auf ihrem Weg der demokratischen Reform und bietet entsprechende Expertisen an, um auf diese Weise zu mehr Sicherheit im schweizerischen Interessensraum beizutragen (vgl. Tabelle). Im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und deren Partnerschaftsaktionsplan zum Aufbau von Verteidigungsinstitutionen (*Partnership Action Plan for Defence Institution Building*, PAP-DIB) unterstützt die Armee beispielsweise die Schaffung zuverlässiger Grenzkontrollmechanismen und -organe in Südosteuropa oder finanziert DIB-Kurse des DCAF für Vertreter aus der Ukraine, Afghanistan sowie den Staaten Zentralasiens. Die Schweiz kann damit die Integration des Westbalkans fördern und darüber hinaus die Stabilisierungsbemühungen in Zentralasien und im Kaukasus nachhaltig unterstützen. Weiter trägt die Armee in denselben Subregionen mit der Durchführung von regelmässigen Workshops zum 1994 von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

¹ Vgl. <http://www.dcaf.ch>

² Vgl. hierzu Cottey, Andrew, Edmunds, Timothy und Anthony Forster (Hrsg.): *Democratic Control of the Military in Post-Communist Europe. Guarding the Guards*. Houndmills 2002.

Beispiele von Unterstützungsaktivitäten der Schweizer Armee

Regionen/Zusammenarbeit mit	Thema
Südosteuropa/DCAF	Aufbau von zuverlässigen Grenzkontrollmechanismen und Grenzkontrollorganen (seit 2001)
Ukraine/DCAF	Regionale Konferenz und Workshop in der Ukraine im Rahmen des PAP-DIB (2. Hälfte 2006).
Zentralasien/DCAF	Regionale Konferenz (Wien) und Workshop für zentralasiatische Staaten (Georgien) im Rahmen des PAP-DIB (2. Hälfte 2006).
Irak/GCSP, DCAF	Workshops und Kurse für Vertreter des irakischen <i>National Security Council</i> in Genf (2006).
OSZE-Teilnehmerstaaten/ OSZE-Sekretariat, Zentrum für Konfliktprävention	Durchführung diverser Workshops in der Schweiz zur Implementierung des OSZE-Verhaltenskodex (seit 1998)
ECOWAS/DCAF	Adaption des OSZE-Verhaltenskodex auf Westafrika (ongoing)

* Urs Gerber, Oberst i GSt, Stv. Chef Internationale Beziehungen V, Stab Chef der Armee, 3003 Bern.



Abbildung 1: 7. Schweizer PfP-Workshop zum OSZE-Verhaltenskodex.

verabschiedeten Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit³ (*Code of Conduct on Politico-Military Aspects of Security, CoC*) zur Bewusstseinsförderung hinsichtlich effektiver und rechtsstaatlicher Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen bei (vgl. *Abbildung 1*). Dieser von den Partnern stark nachgefragte Workshop umfasst im Wesentlichen die

³Der OSZE-Verhaltenskodex bezeichnet die demokratische politische Kontrolle von Streitkräften (und von anderen staatlichen Sicherheitskräften, wie diejenigen der inneren Sicherheit, der Nachrichtendienste, der Polizei usw.) als «unerlässlichen Bestandteil der Stabilität und der Sicherheit» und verpflichtet jeden OSZE-Teilnehmerstaat, eine solche Kontrolle sicherzustellen, seine Verteidigungsausgaben von seiner Legislative genehmigen zu lassen und die politische Neutralität seiner Streitkräfte zu gewährleisten. Der Verhaltenskodex ist unter http://osce.org/documents/fsc/1994/12/4270_en.pdf [Stand 2007] abrufbar.

theoretische und auch praktische Schulung der Inhalte des Verhaltenskodex – immanenter Teil davon ist auch die Vermittlung des humanitären Völkerrechts – und den Austausch von Ansichten und Erfahrungen hinsichtlich aller Aspekte seiner Implementierung (vgl. *Abbildung 2*). Dabei profitieren die eingesetzten Experten des VBS, der Miliz wie auch die Übungsformation nicht nur von der Vermittlung, sondern auch vom Erfahrungsaustausch mit den internationalen Teilnehmern.

Ausblick

Hinsichtlich der Demokratisierung von Streitkräften steht noch eine Reihe von Herausforderungen an. Nicht allein in zahlreichen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sondern auch in Schwarzafrika oder anderen Regionen im schweizerischen Interes-

senraum ist eine wirksame und verlässliche Einbindung der Streitkräfte in rechtsstaatliche Prozesse noch immer nicht gewährleistet. Hierbei wird auch sichtbar, dass der alleinigen Forderung nach einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte – isoliert betrachtet und umgesetzt – kaum Erfolg beschieden sein kann. Für eine nachhaltige Stabilität und Entwicklungsperspektive bedarf es eines integralen Ansatzes (*Diplomacy, Defence, Development*), da Sicherheit ohne Entwicklung genauso wenig erfolgreich ist wie Entwicklung ohne Sicherheit. Dieser Ansatz bedingt nicht zuletzt eine enge Zusammenarbeit und Koordination zwischen zivilen gouvernementalen wie nicht-gouvernementalen Akteuren und

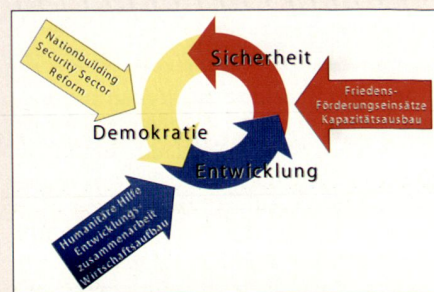


Abbildung 3: Entwicklungs- und Stabilitätsspirale.

militärischen Vertretern. Aus einem sicherheitspolitischen Blickwinkel ermöglicht diesbezüglich die Entwicklungs- und Stabilitätsspirale einen konzeptionellen Ansatz, um diesen iterativen und integralen Prozess zu exemplifizieren, bei dem die demokratische Kontrolle der Streitkräfte ein wichtiger Bestandteil ist (vgl. *Abbildung 3*).

Ferner darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Reform des Sicherheitssektors und mit ihr die Demokratisierung der Streitkräfte ebenfalls fortlaufende Prozesse sind, die nie abgeschlossen sein können, da auch der Staat und seine Verteidigungsstrukturen unter ständigen Veränderungen stehen. Dies gilt explizit auch für unser unmittelbares Umfeld, wo Wehrpflichtarmeen sukzessive in Berufarmeen umgewandelt werden und/oder nicht zuletzt wegen des «Kampfes gegen den internationalen Terrorismus» vor neuen Herausforderungen stehen.

Schliesslich soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als verfüge die internationale Staatengemeinschaft über gebrauchsfertige Praxisleitfäden, um in den jeweiligen Staaten postwendend eine Demokratisierung der Streitkräfte einzuleiten. Denn letztlich muss jede Nation selbst, abhängig von ihrer Geschichte, Kultur und Gesellschaft, ihren Weg zu einer legitimen, demokratisch-zivilen Kontrolle der staatlichen Institutionen beschreiten. ■



Abbildung 2: Falldemonstrationen der Schweizer Armee anlässlich des 7. Schweizer PfP-Workshops zum OSZE-Verhaltenskodex. Fotos: IBV/RMK